

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Gerd Schreiner (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Genehmigungsfähigkeit einer Gewerbeansiedlung in Bingen

Die **Kleine Anfrage 2133** vom 29. Januar 2014 hat folgenden Wortlaut:

In Bingen wird derzeit ein Möbelgeschäft mit über 40 000 qm Verkaufsfläche geplant.

Für Rheinland-Pfalz gibt das LEP IV klare Rahmenbedingungen für großflächige Einzelhandelsbetriebe vor. So begrenzt das sogenannte „Nichtbeeinträchtigungsgebot“ die Dimensionierung von Einzelhandelsbetrieben auf ein für die benachbarten zentralen Orte verträgliches Maß.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist angesichts der Verkaufsfläche von über 40 000 qm von einer Beeinträchtigung für die Einzelhandelsgeschäfte der umliegenden zentralen Orte insbesondere des Oberzentrums Mainz auszugehen?
2. Wie qualifiziert die Landesregierung die Beeinträchtigungen? Insbesondere wäre die Ansiedlung von einem Möbelhaus mit über 40 000 qm in Bingen aus Sicht der Landesregierung mit LEP IV vereinbar?
3. Sind die Landesregierung oder ihr nachgeordnete Behörden oder die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe bislang mit diesem Sachverhalt betraut gewesen? Wie haben sich ggf. die Landesregierung oder ihr nachgeordnete Behörden oder die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe diesbezüglich wann, gegenüber wem, wie und mit welcher Begründung eingelassen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. Februar 2014 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

Am 1. März 2013 haben Vertreter der Stadt Bingen, der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen (Zweckverband Gewerbepark Sponsheim-Grolsheim), der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, der Kreisverwaltung Mainz-Bingen und der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe ein erstes Gespräch über das Vorhaben geführt. Gegenstand des Gesprächs war eine erste Information über die Planungsabsicht der Stadt Bingen sowie die weiteren notwendigen Verfahrensschritte. Ergebnis war, dass die Raumverträglichkeit des Vorhabens in einem Raumordnungsverfahren geprüft werden muss, für dessen Durchführung u. a. eine umfangreiche gutachterliche Untersuchung erforderlich ist. Außerdem wurde die Erstellung eines Einzelhandelskonzepts für die Stadt Bingen als sinnvoll erachtet.

Derzeit liegen weder der Landesregierung und deren nachgeordneten Behörden noch der Planungsgemeinschaft darüber hinaus gehende Informationen vor. Auch ein Antrag auf Durchführung des Raumordnungsverfahrens ist seitens des Investors bisher noch nicht gestellt worden. Erst in diesem Verfahren kann durch die dafür zuständige Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd nach Vorliegen der entsprechenden Unterlagen geprüft werden, ob das Projekt mit den Einzelhandelszielen des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) zu vereinbaren ist.

Bis dahin können keine Aussagen über mögliche Beeinträchtigungen getroffen werden.

Eveline Lemke
Staatsministerin